

Brief aus Kreuth 2012

29.01.2012

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

In diesen ersten Tagen des Jahres hat die CSU Landesgruppe im Deutschen Bundestag die politischen Weichen für das neue Jahr gestellt. Wir haben die für die Menschen in unserem Land wirklich wichtigen Themen diskutiert: Die Schuldenkrise in Europa, die Zukunft unseres Sozialstaates und die Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise hatten wir versprochen, dass wir unser Land gestärkt aus der Krise führen. Wir haben Wort gehalten. Bayern und Deutschland geht es heute gut. Wir sind wieder Konjunkturlokomotive in Europa. Mit über 41 Millionen erwerbstätigen Menschen hat die Beschäftigung in 2011 einen neuen Höchststand erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen liegt deutlich unter drei Millionen – bei Rot-Grün waren es noch über fünf Millionen. Es ist eben nicht egal, wer Deutschland regiert!

Theo Waigel hat dafür gesorgt, dass der Euro so stark ist wie die D-Mark. Rot-Grün hat mit dem Beitritt Griechenlands zum Euro-Raum und der Aufweichung der Stabilitätskriterien maßgeblich zur heutigen Krise beigetragen. Wir setzen uns weiter dafür ein, eine Stabilitätskultur in Europa zu verankern und den hart erarbeiteten Wohlstand der Menschen in unserem Land zu erhalten.

Unsere Politik hat im abgelaufenen Jahr entscheidend zu den Erfolgen der christlich-liberalen Koalition beigetragen. Dies wird auch 2012 so bleiben. Wir sorgen mit unserer klaren Haltung für eine stabile Währung in Europa, wir sichern Stabilität in der christlich-liberalen Koalition, und wir sind der Garant für Sicherheit und Wirtschaftswachstum in Bayern und Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dr. Max Lehmer MdB

36. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe Kreuth im Zeichen der Stabilität

Vom traditionellen politischen Jahresauftakt der CSU-Bundestagsabgeordneten sind eine Reihe wichtiger Impulse für die politische Arbeit im neuen Jahr und starke Signale der Einigkeit ausgegangen. Die Politik der CSU-Landesgruppe werde auch 2012 von Stabilität geprägt sein, erläuterte die Vorsitzende Gerda Hasselfeldt. Die Landesgruppe werde alles unternehmen, um für Stabilität in der gemeinsamen Währung, Stabilität in der Berliner Koalition und Stabilität in der wirtschaftlichen Entwicklung zu sorgen.

Mit hochrangigen Gästen hat die Landesgruppe die politische Standortbestimmung für 2012 vorgenommen. Es ging um neue Regeln und Grenzen für eine

Stabilitätsunion für Europa, den Kampf gegen den Rechtsextremismus, die Stärkung des Industriestandortes Deutschland und die Sicherung der mittelständischen Kreditversorgung sowie arbeits- und sozialpolitische Themen. Auch in der konkreten Ausgestaltung des Betreuungsgeldes hat die Landesgruppe in Wildbad Kreuth entscheidende Eckpfeiler beschlossen.

Zu Gast in Kreuth waren dieses Jahr besonders hochrangige deutsche und internationale Repräsentanten aus den Bereichen Wirtschaft, Finanzmarkt, Rechtswissenschaft und Politik, beispielsweise der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Andreas Voßkuhle. Aus den Bereichen Wirtschaft und Finanzen waren der Leiter der EFSF, Klaus Regling, sowie der Vorstandsvorsitzende der Münchener Rück AG, Dr. Nikolaus von Bomhard und der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Prof. Dr. Dieter Hundt, zu Gast. Auch Gerd Sonnleitner, der zugleich Präsident des bayerischen, deutschen und europäischen Bauernverbandes ist, konnte noch kurzfristig für den Dialog mit der Landesgruppe als Gast gewonnen werden.

Eine Reihe von Beschlüssen stand im besonderen Fokus der Öffentlichkeit. Hierzu gehört die Möglichkeit des Ausschlusses notorischer Euro-Schuldenstaaten aus dem gemeinsamen Währungsraum oder die Pflicht zur Altersvorsorge für Selbstständige, um eine wichtige Lücke im Altersvorsorgesystem zu schließen. Beim Kampf gegen den Rechtsextremismus sprechen sich die Christsozialen zusätzlich zum Verbot der rechtsextremistischen NPD auch für die Prüfung einer Änderung des Grundgesetzes aus. Das Ziel: Verfassungsfeindlichen Parteien noch vor einem Verbot den Zugang zur Parteienfinanzierung zu entziehen. In ihrem Beschluss zur Finanzmarktregulierung artikulieren die christsozialen Abgeordneten die Forderung, dass im Ergebnis die Kreditversorgung der mittelständischen Unternehmen nicht gefährdet werden dürfe. Mit einem umfangreichen Beschluss wurde schließlich die Grundlage dafür formuliert, dass Deutschland auch in Zukunft die Konjunkturlokomotive der Europäischen Gemeinschaft bleiben kann und die Standortfaktoren für die Unternehmen in Deutschland noch besser werden.

Landesgruppe liefert neue Anstöße Dem Rechtsextremismus keine Chance

Mit einer Reihe von Maßnahmen will die CSU-Landesgruppe den politischen Extremismus in Deutschland bekämpfen. In Wildbad Kreuth sprachen sich die Christsozialen zusätzlich zum Verbot der rechtsextremistischen NPD auch für die Prüfung einer Änderung des Grundgesetzes aus. Das Ziel: verfassungsfeindlichen Parteien noch vor einem Verbot den Zugang zur Parteienfinanzierung zu entziehen.

Die skrupellosen Morde der rechts-extremistischen Terrorgruppierung aus Zwickau belegen eine neue Dimension des Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in Deutschland. Die CSU-Landesgruppe hat in aller Klarheit deutlich gemacht, dass dies nicht hinnehmbar ist: „Der demokratische Rechtsstaat muss sich gegen seine Feinde wehren, um seine Grundwerte zu verteidigen“. Die Landesgruppe will ein Bündel von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen umgesetzt oder geprüft sehen.

Mit Blick auf die rechtsextremistische NPD hat die Landesgruppe ihre Überzeugung artikuliert, dass es sich um eine verfassungsfeindliche Partei handelt, die sämtliche Kriterien für ein Parteiverbot erfüllt. Aus diesem Grund fordern die christsozialen Abgeordneten, dass sämtliche Anstrengungen zu unternehmen sind, um das auch vor dem Bundesverfassungsgericht nachzuweisen und ein Parteiverbot zu erwirken. Gründlichkeit habe dabei hohe Priorität. Mit Blick auf den im Jahr 2003 gescheiterten Verbotsantrag müsse sorgfältig geprüft und abgewogen werden, dass ein erneuter Antrag hinreichende Aussichten auf Erfolg hat. Daneben haben die Abgeordneten in Kreuth den Anstoß gegeben, eine Grundgesetzänderung für den Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien aus der staatlichen Parteienfinanzierung zu prüfen. Damit könne die Wehrhaftigkeit des Grundgesetzes gestärkt werden.

Ausdrücklich unterstützt hat die Landesgruppe unter anderem auch die von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich bereits vorgenommene Errichtung eines Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus sowie die Schaffung einer Verbunddatei Rechtsextremismus. Neben vielen weiteren aufgeführten Maßnahmen wie einem neuen Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung werden auch die Pläne zur Verlängerung der Speicherfristen und Erweiterung des Speicherumfanges nach dem Bundesverfassungsschutzgesetz in dem Beschluss unterstützt.

Altersvorsorge, Pflege und Betreuungsgeld Lücken schließen!

Mit einer Pflicht zur Altersvorsorge für Selbstständige hat sich die CSU-Landesgruppe dafür ausgesprochen, eine wichtige Lücke im Altersvorsorgesystem zu schließen. Auch Betreuungsgeld und Pflege waren Thema.

Mit der in Wildbad Kreuth formulierten Forderung einer Altersvorsorgepflicht würden alle Selbstständigen verpflichtet, Vorsorge gegen Armut im Alter zu treffen. Dabei solle vollständige Wahlfreiheit bezüglich der Art der Altersvorsorge gelten. Voraussetzung sei jedoch, dass die Vorsorge als Rente ausgezahlt werde. Bereits heute unterliegen beispielsweise selbstständige Handwerker einer Versicherungspflicht; diese greift, bis eine ausreichende Alterssicherung besteht. Mit einer solchen Regelung für sämtliche Selbstständigen würde ausgeschlossen, dass die künftigen Generationen mit Leistungen zur Grundsicherung im Alter für heutige Selbstständige aufkommen müssten.

Bei der Einführung des Betreuungsgeldes haben die Christsozialen in Wildbad Kreuth entscheidende Eckpfeiler beschlossen: Das Betreuungsgeld werde bar ausgezahlt. Es müsse als Geldleistung auf den Erhalt von Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden und dürfe bei der Inanspruchnahme einer Tagesmutter nicht entfallen.

Auch den Pflegebereich nimmt der entsprechende Beschluss in den Fokus. Dabei wendet sich die Landesgruppe gegen EU-Pläne zur Akademisierung des Pflegeberufs und formuliert Maßnahmen zur Gestaltung einer privaten zusätzlichen Pflegevorsorge ab dem Jahr 2013.

Landesgruppe präsentiert in Kreuth Baugerüst für Stabilitätsunion Europapolitik: Klare Grenzen und klare Perspektiven

In einem umfassenden Beschluss haben die 44 christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten die europapolitischen Weichen der CSU-Landesgruppe für 2012 gestellt. Ziel ist die Schaffung einer Stabilitätsunion, in der die Souveränität der einzelnen Staaten gewahrt bleibt, aber dennoch sichergestellt ist, dass die Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung für eine solide Haushaltspolitik gerecht werden.

Die Staatsschuldenkrise ist eine Krise des Vertrauens in den Konsolidierungswillen und die Wettbewerbsfähigkeit einiger Staaten und müsse an der Wurzel gelöst werden. Sie dürfe nicht durch eine inflationsfördernde Politik grenzenloser Geldvermehrung und unbegrenzter Haftung für die Schulden anderer Staaten zu einer Krise des Euro selbst werden. Mit diesen Feststellungen als Ausgangspunkt hat die CSU-Landesgruppe neue Eckpfeiler einer Stabilitätsunion definiert.

Eine Stabilitätsunion sei nur erreichbar, wenn unter Wahrung des Budgetrechts der nationalen Parlamente automatische Sanktionen bei Überschreitungen der Defizitgrenze greifen und zugleich Maßnahmen zur Wiederherstellung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Staaten ergriffen werden. Die Sanktionierung von Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt müsse automatisiert und dadurch politischem Ermessen entzogen werden. Zudem bedürfe es der Einführung einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild in allen Mitgliedstaaten.

Für die Landesgruppe steht fest, dass an der Souveränität der Euro-Staaten nicht gerüttelt werden dürfe. Diese dürfe jedoch nicht mit einem Freibrief für Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln verwechselt werden. Wer dauerhaft gegen Defizit- und Verschuldungskriterien verstößt und damit eine Destabilisierung der Eurozone billigend in Kauf nimmt, der muss damit rechnen, dass sein fiskalpolitischer Handlungsspielraum zeitweise beschränkt wird. Und wer Finanzhilfen der Eurostaaten erhält, müsse einer verstärkten fiskal- und wirtschaftspolitischen Aufsicht unterliegen.

Am deutlichsten aller politischen Stimmen lehnen die christsozialen Abgeordneten weiterhin die Einführung von Euro-Bonds als untaugliches Mittel zur Lösung der Krise ab. Die gemeinsame Haftung für die Verschuldung anderer Staaten würde genauso wie unbegrenzte Anleiheankäufe der Europäischen Zentralbank oder eine Banklizenz für die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität die Anreize für eine solide Haushaltspolitik beseitigen. Außerdem würden Euro-Bonds die AAA-Bonität der Geberländer schwächen und dadurch die AAA-Bonität des gesamten Rettungsschirmes untergraben.

Wichtige neue Impulse hat die Landesgruppe in Kreuth im Bereich der Sanierung überschuldeter Staaten gesetzt. Es sei unverzichtbar, ein vorhersehbares und transparentes Sanierungsverfahren zu entwickeln, das rechtzeitig vor einem Zahlungsausfall eingeleitet werden könne. Wenn allerdings ein Staat nicht willens oder nicht in der Lage ist, das Sanierungsverfahren durchzuführen, wäre als letztes Mittel das Ausscheiden eines Staates aus der Eurozone zu ermöglichen und zwar ggf. auch ein bislang nicht vorgesehenes unfreiwilliges Ausscheiden. Bereits diese Option würde zwei Wirkungen entfalten: Es würde der Anreiz zur Einhaltung der Stabilitätsvorgaben erhöht und Investoren signalisiert, dass sie nicht auf Dauer

Wetten auf den Zahlungsausfall von Eurostaaten abschließen können, ohne selbst Verluste hinnehmen zu müssen.

Die Finanzmärkte wurden auch darüber hinaus in den Blick genommen: Es brauche nach Überzeugung der CSU-Landesgruppe neue Regelungen, die klar machen dass die Finanzmärkte der Volkswirtschaft zu dienen haben. Dabei sei eine Finanztransaktionssteuer unabdingbar, um die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise gerecht zu verteilen und hochriskante Spekulationen unattraktiver zu machen. Die Finanztransaktionssteuer müsse möglichst wettbewerbsneutral, unbürokratisch und wachstumsfreundlich gestaltet sein.

Die 44 CSU-Bundestagsabgeordneten waren sich schließlich auch einig, dass das bestehende Agenturen-Oligopol durchbrochen und mehr Wettbewerb auf dem Ratingmarkt geschaffen werden müsse. Daher hat sich die Landesgruppe in Wildbad Kreuth auch für die Gründung einer europäischen Ratingagentur ausgesprochen.

Standortfaktoren im Blick der Landesgruppe Industriestandort Deutschland sichern

Mit einem umfangreichen Beschluss hat die CSU-Landesgruppe die Grundlage dafür formuliert, dass Deutschland auch in Zukunft die Konjunkturlokomotive der Europäischen Gemeinschaft bleiben kann und die Standortfaktoren für die Unternehmen in Deutschland noch besser werden. Der Beschluss setzt konkrete neue Impulse und stellt wichtige Weichen für die Arbeit der Landesgruppe in diesem Jahr.

In dem Kreuther Industriebeschluss nimmt die Energiepolitik einen breiten Raum ein. Die CSU-Landesgruppe hat sich u.a. dafür ausgesprochen, einen Beauftragten des Bundestages für die Energiewende einzusetzen. Außerdem soll nach der nächsten Bundestagswahl ein neues Energieministerium für die Energiepolitik zuständig sein. Da eine zuverlässige Energieversorgung von zentraler Bedeutung ist, hat die CSU-Landesgruppe in Kreuth zudem mehr Investitionen in hocheffiziente fossile Kraftwerke angemahnt, insbesondere in neue klimafreundliche Gaskraftwerke. Dafür müsse auch ständig überprüft werden, ob die Investitionsbedingungen für fossile Kraftwerke ausreichend sind. Allerdings dürfe dies nicht die Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren Energien gefährden, der Einspeisevorrang stehe derzeit nicht in Frage. Auch die Energiekosten haben die bayerischen Bundestagsabgeordneten detailliert in den Blick genommen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich in ihrem Kreuther Beschluss dafür ein, dass die Energiekosten nicht aufgrund staatlicher Impulse weiter steigen. Mit Blick auf die Diskussion um neue Klimaschutzabkommen unterstreicht die CSU-Landesgruppe die Ablehnung weiterer einseitiger Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, da es letztlich dem Klimaschutz sogar schade, wenn deutsche Unternehmen als klimabewusste Akteure ansonsten aus wirtschaftlichen Gründen vom Markt verschwinden würden.

Im Bereich des Arbeitsmarktes legte die Landesgruppe einen Schwerpunkt auf die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. Die so genannte Rente mit 67, die Deutschland aus Gründen der Generationengerechtigkeit, der Wettbewerbsfähigkeit und der nachhaltigen Finanzierung der Rentenversicherung brauche, müsse mit einer

weiteren deutlichen Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten der Älteren einhergehen.

Auch einem allgemeinen staatlichen Mindestlohn erteilen die bayerischen Bundestagsabgeordneten eine Absage. Es solle Aufgabe der Tarifpartner bleiben, die Lohnhöhe festzulegen. Um Lohndumping zu verhindern, werden zwischen den Tarifpartnern ausgehandelte Mindestlöhne für allgemeinverbindlich erklärt, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz müsse für möglichst viele Branchen geöffnet werden; die Tarifvertragsparteien seien gefordert, in diesem Bereich Lohnuntergrenzen zu definieren.

Der Beschluss enthält im Bereich der Infrastrukturpolitik neben der Unterstützung der Einführung einer PKW-Vignette auch konkrete Unterstützung für zentrale Verkehrsinfrastrukturprojekte im Freistaat Bayern.

Bei Finanzmarktregulierung Augenmaß behalten Kreditversorgung für den Mittelstand gewährleisten

Mit Blick auf eine stärkere Finanzmarktregulierung hat die CSU-Landesgruppe auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth die Sicherung der Kreditversorgung des Mittelstandes durch Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken sowie kleinere Privatbanken angemahnt. Eine Regulierung dürfe diese nicht gefährden.

Nach Überzeugung der CSU-Landesgruppe haben insbesondere Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken sowie kleinere Privatbanken für die Finanzierung des Mittelstands eine große Bedeutung. In ihrem Beschluss artikulieren die christsozialen Abgeordneten daher die Forderung, dass es durch nationale und internationale Regelungen nicht zu einer Überregulierung kommen dürfe, die im Ergebnis die Kreditversorgung der mittelständischen Unternehmen gefährde. Zwar habe die Finanzkrise gezeigt, dass das vorhandene Eigenkapital der Banken nicht ausgereicht hat, um die eingegangenen Risiken abzudecken. Zahlreiche Staaten mussten daher Banken retten. Es sei somit notwendig, dass die Institute ihre Risiken künftig mit mehr eigenen Mitteln absichern, damit sie besser gegen Krisen gewappnet seien und der Steuerzahler nicht einspringen müsse.

Bei Ausgestaltung und Inkrafttreten der neuen Eigenkapitalanforderungen sei jedoch eine Regulierung mit Augenmaß wichtig, so die Forderung im entsprechenden Kreuther Beschluss. Die neuen Anforderungen an das nationale Bankensystem dürften die bewährten Strukturen – wie das deutsche Drei-Säulen-System – nicht nivellieren. Es gebe in Deutschland einen stark diversifizierten und mittelständisch geprägten Bankensektor. Das müsse sich auch in der Regulierung widerspiegeln. Für regional ausgerichtete und kleine Banken dürften nicht die gleich hohen Anforderungen gelten wie für international vernetzte Großbanken. Die CSU-Landesgruppe fordert in ihrem Beschluss, dass die Absenkung der Risikogewichtung von Mittelstandskrediten in die weiteren Überlegungen auf europäischer Ebene einbezogen werden müsse. Im Vergleich zu hochspekulativen Geschäften hätten Mittelstandskredite ein geringeres Ausfallrisiko, dies müsse sich auch bei der Finanzmarktregulierung niederschlagen.